

Verteidigung und Zukunft

Eine Dual-Use-Investitionsstrategie im Rahmen der Bereichsausnahme der Schuldenbremse

WIFO-PAPER 01 PROF. DR. HENNING MEYER



Vorwort

Technologische Souveränität, wirtschaftliche Resilienz und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit lassen sich nicht mehr getrennt voneinander betrachten. Gerade in Schlüsseltechnologien mit zivilem und sicherheitspolitischem Nutzen entscheidet sich die Frage, wie Europa seine Innovationskraft, industrielle Basis und strategische Eigenständigkeit langfristig sichern kann. Eine strategisch ausgerichtete Dual-Use-Politik kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie sicherheitspolitisch notwendige Investitionen zugleich als Impuls für Innovation, Wertschöpfung, technologische Entwicklung und qualifizierte Beschäftigung nutzbar macht – und damit auch neue fiskalische Spielräume durch Wachstum, Rückflüsse und zusätzliche private Investitionen eröffnet. Mit dem vorliegenden Papier möchten wir einen Beitrag leisten, um die Potenziale der Ausnahme bei der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben auszuleuchten und anschließend zu realisieren.

Das Papier wurde von Prof. Dr. Henning Meyer, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsforums der SPD, im Auftrag des Wirtschaftsforums der SPD verfasst. Prof. Dr. Meyer ist CEO der Social Europe Publishing & Consulting GmbH, Director des ILL Institute for Public Value, Honorarprofessor an der Eberhard Karls Universität Tübingen sowie Research Associate an der University of Cambridge. Das Papier wurde ohne Einflussnahme des Auftraggebers verfasst.

Mit diesem Beitrag startet zugleich eine neue Veröffentlichungsreihe des Wirtschaftsforums der SPD: die »WiFo-Paper«. In dieser Reihe geben wir Beiträge von Autoren aus dem Wissenschaftlichen Beirat des SPD-Wirtschaftsforums heraus, um zentrale wirtschafts-, industrie- und gesellschaftspolitische Fragestellungen vertieft auszuarbeiten und neue Impulse zu geben. Die Reihe ist nicht auf regelmäßige Publikationen angelegt, sondern erscheint bei besonderem thematischem Anlass in Abstimmung mit unserem Wissenschaftlichen Beirat.

Für die Herausgeber

Prof. Dr. Ines Zenke

Prof. Dr. Susanne Knorre

Mai 2026

Einleitung

Noch vor Konstituierung des neuen Bundestages hatten die zukünftigen Koalitionäre eine haushaltspolitische Zeitenwende auf den Weg gebracht: Sicherheits- und verteidigungspolitisch begründete Ausgaben oberhalb von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts wurden als Bereichsausnahme von der Schuldenbremse ausgenommen. Der fiskalische Spielraum für sicherheitspolitische Ausgaben ist damit auf absehbare Zeit nach oben offen.

Im Koalitionsvertrag wurde darüber hinaus vereinbart, im Rahmen einer Kommission Vorschläge für eine grundlegende Reform der Schuldenbremse zu erarbeiten, um dauerhaft zusätzliche Investitionen zu ermöglichen. Das ursprüngliche Ziel, die Gesetzgebung hierzu bis Ende 2025 abzuschließen, konnte nicht erreicht werden. In der ersten Hälfte 2026 verdichten sich vielmehr die Hinweise, dass eine tragfähige Basis für eine grundlegende Reform der Schuldenbremse gar nicht zustande kommen wird. Damit stellt sich die drängende Frage, wie die aktuellen fiskalpolitischen Rahmenbedingungen bestmöglich genutzt werden können, um auch ohne eine weitere Reform der Schuldenbremse zusätzliche Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen.

Verteidigungsausgaben können, klug konstruiert, neben Sicherheit auch industrielle Stärke schaffen, wenn sie eine klare investive Komponente haben. Ob die Bereichsausnahme ein im Kern konsumtiver Ausgabenblock bleibt oder auch zu einem wirtschaftspolitischen Hebel wird, entscheidet sich an der Frage, ob sie zukünftig auch für eine dezidierte Dual-Use-Investitionsstrategie genutzt wird.

Dieser Policy Impuls legt dar, warum eine solche Strategie sicherheits-, wirtschafts- und fiskalpolitisch geboten ist. Er knüpft an den Koalitionsvertrag an, belegt anhand historischer Erfahrungen die wachstumsstiftende Kraft von Dual-Use-Technologien, benennt einige relevante Zukunftsfelder und zeigt, warum eine investive Ausrichtung eines Teils der Verteidigungsausgaben den Kernhaushalt bereits kurzfristig entlasten würde – zusätzlich zu mittel- bis langfristigen Rückflüssen und Spill-Over-Effekten.

Eine solche Dual-Use-Strategie würde zugleich die sicherheitspolitische Agenda der Bundesregierung weiter stärken. In der ersten Militärstrategie für die Bundeswehr vom April 2026 hat die Bundesregierung langfristig das Ziel einer technologischen Überlegenheit formuliert. Die Financial Times hat in einem Kommentar zur Strategie darauf hingewiesen, dass Deutschland für einen erklärten technologischen Spitzenanspruch unerwartet viel in klassische Plattformen investiert. Eine Dual-Use-Investitionsstrategie würde helfen, diese Lücke zwischen strategischem Anspruch und tatsächlicher Mittelverwendung zu schließen und den langfristigen Anspruch technologischer Überlegenheit auch finanzpolitisch zu untermauern.

Eine Dual-Use-Investitionsstrategie wirft zwangsläufig auch ethische Fragen auf, etwa zum Einsatz autonomer Waffensysteme, zur Reichweite KI-gestützter militärischer Entscheidungen oder zu den Grenzen zivil-militärischer Forschungskoopera-

on. Diese Fragen sind real, politisch wie gesellschaftlich hoch relevant und bedürfen eigener, sorgfältig geführter Debatten in Parlamenten, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Dieser Policy Impuls kann solche Fragen nicht beantworten und versucht es daher bewusst auch nicht. Der Fokus hier liegt auf der finanz-, wirtschafts- und sicherheitspolitischen Mechanik einer Dual-Use-Investitionsstrategie innerhalb der Bereichsausnahme. Die ethische Rahmung einer solchen Strategie ist eine notwendige Parallelaufgabe, aber nicht Gegenstand dieses Impulses.

Der Koalitionsvertrag als Ausgangspunkt

Der Koalitionsvertrag 2025 enthält bereits die Kernbausteine einer Dual-Use-Strategie, allerdings nebeneinander und nicht miteinander verknüpft. Er bekennt sich zur bereits beschlossenen Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben, kündigt eine Förderkulisse für Sicherheits- und Verteidigungsforschung einschließlich Cybersicherheit an und verspricht den Abbau von Hemmnissen für Dual-Use-Forschung und zivil-militärische Kooperationen.

Auch institutionell sind zentrale Dual-Use-Bausteine bereits vorhanden. Mit der Agentur für Innovation in der Cybersicherheit in Halle verfügt Deutschland über ein DARPA-ähnliches Instrument, allerdings mit thematisch verengtem Mandat. Hinzu kommen der Cyber Innovation Hub der Bundeswehr und, auf ziviler Seite, die Bundesagentur für Sprunginnovationen SPRIND, flankiert von europäischen und transatlantischen Instrumenten wie dem NATO Innovation Fund, EUDIS und dem Europäischen Verteidigungsfonds.

Es fehlt somit weder am politischen Willen noch an institutioneller Grundsubstanz, sondern an einer strategischen Klammer, die diese Elemente verbindet und neben dem sicherheitspolitischen auch den zivilen Nutzen von Anfang an mit im Blick hat. Dieser Policy Impuls skizziert einen Rahmen, um die bereits vorhandenen Elemente zu einer Dual-Use-Investitionsstrategie zu verdichten und an die Bereichsausnahme der Schuldenbremse zu koppeln.

Daraus folgt zugleich, dass eine deutsche Dual-Use-Strategie von Anfang an europäisch gedacht werden muss. Die kritische Masse, die Dual-Use-Technologien erst tragfähig macht, ist auf rein nationaler Ebene kaum zu erreichen. Erst der europäische Binnenmarkt liefert die Größe, ohne die die mittel- bis langfristigen Spill-Over-Effekte nicht in Gang kommen.

Das steht nicht im Widerspruch zu nationalen fiskalischen Rückflussinteressen, sondern ergänzt sie: Kurzfristige Rückflüsse über Lohn-, Unternehmens- und Umsatzsteuer fallen dort an, wo Forschung, Pilotfertigung und qualifizierte Beschäftigung sitzen. Eine europäisch anschlussfähige Strategie bedeutet deshalb nicht, dass deutsche Mittel pauschal ins Ausland fließen, sondern dass deutsche Programme gezielt so ausgestaltet werden, dass sie europäische Kofinanzierung hebeln, gemeinsame Standards und Interoperabilität von Beginn an mitdenken und die geförderte Wertschöpfung überwiegend in Deutschland und seinen europäischen Kooperationspartnern verankert.

Instrumente wie EDF, EUDIS und der NATO Innovation Fund fördern typischerweise kofinanziert. Ein deutscher Euro zieht demnach europäische Mittel nach, statt sie zu ersetzen. Die Bereichsausnahme sollte daher vorrangig für Vorhaben eingesetzt werden, die diese Hebel auslösen, und damit sowohl die nationale Rückflussbasis als auch die europäische Logik bedienen.

Historische Evidenz: Dual-Use als nachhaltiger Wachstumstreiber

Warum ergibt eine Dual-Use-Strategie Sinn? Die Wirtschaftsgeschichte der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, insbesondere die der USA, lässt sich ohne Dual-Use-Technologien nicht erzählen. Einige Beispiele verdeutlichen die Größenordnung der Effekte. Das Global Positioning System (GPS), ursprünglich vom US-Verteidigungsministerium entwickelt und 1983 für die zivile Luftfahrt freigegeben, hat nach einer NIST-finanzierten Analyse allein in den USA zwischen 1984 und 2017 einen kumulierten Nutzen von rund 1,4 Billionen US-Dollar gestiftet.

Das Internet, u. a. hervorgegangen aus dem ARPANET der DARPA, trieb die Produktivitätsbeschleunigung der späten 1990er Jahre an. Die digitale Wirtschaft insgesamt steuerte im Jahr 2021 mehr als 10 % zum BIP der USA bei. Die Halbleiterindustrie wurde in den frühen 1960er Jahren durch die garantierte Nachfrage aus den US-Programmen Minuteman und Apollo subventioniert, bis die Preise so weit sanken, dass zivile Massenmärkte entstanden. Diese Erfahrungen sind keine historischen Sonderfälle: Vergleichende Analysen über OECD-Länder zeigen, dass eine Steigerung staatlicher Verteidigungsausgaben für Forschung und Entwicklung signifikante Crowding-in-Effekte erzeugen kann.

Zwei Lehren lassen sich aus diesen Beispielen ziehen. Erstens: Sicherheitspolitisch getriebene Technologieinvestitionen können sich auch wirtschaftlich lohnen. Die zivilen Renditen entfalten sich häufig aber erst ein bis drei Jahrzehnte nach der Initialinvestition vollständig, dann aber oft in einer Größenordnung, die die ursprünglichen Kosten um ein Vielfaches übersteigt. Zweitens: Der Staat war der entscheidende Risikoabnehmer, Erstkunde und Normensetzer. Er hat initiiert, was der private Sektor wegen langer Amortisationszeiten und unklarer Marktperspektiven nicht finanziert hätte.

An diese historische Evidenz schließt aber auch eine dritte Lehre an, die Mariana Mazzucato besonders pointiert herausgearbeitet hat: Wenn der Staat die frühen Risiken trägt, sollte er auch an den späteren Renditen beteiligt sein. Die bisherige Praxis, insbesondere in den USA, war zu oft die entgegengesetzte: Risiken wurden sozialisiert, Gewinne privatisiert. Staatlich finanzierte Grundlagen wie das Internet, GPS, Touchscreens oder zentrale Halbleiterinnovationen flossen in hochprofitable Geschäftsmodelle ein, ohne dass die öffentliche Hand an der Wertschöpfung strukturell partizipiert hätte.

Für eine deutsche Dual-Use-Strategie folgt daraus, staatliche Initialfinanzierungen von Anfang an mit Rückflussmechanismen zu verbinden: etwa über Lizenz- und Nutzungseinnahmen auf geförderte Technologien, über vertraglich gesicherte Meilensteinbeteiligungen oder über Eigenkapital- und Fondsbeteiligungen an geförderten Unternehmen, wie sie bei SPRIND und anderen Institutionen bereits angelegt sind. Solche Beteiligungen erhöhen nicht nur die fiskalische Rendite der Bereichsausnahme, sie stärken auch die gesellschaftliche Legitimation: Die Bürgerinnen und Bürger, die über ihre Steuern das unternehmerische Risiko mittragen, sind dann auch am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt. Öffentliche Beteiligungsmechanismen müssen zusätzlich flankiert werden durch Instrumente, die strategische Kontrolle auch in späteren Finanzierungsrunden absichern.

Die Zukunftsfelder und ihre Querverbindungen

Was sind die heutigen Technologien, die große sicherheits- sowie wirtschaftspolitische Potenziale haben? Die Dual-Use-Landschaft des kommenden Jahrzehnts lässt sich in etlichen Feldern erkennen. Ihre eigentliche Kraft liegt jedoch nicht in der Einzelbetrachtung, sondern in den Wechselwirkungen zwischen ihnen.

Künstliche Intelligenz (KI) gilt bereits jetzt als neue General Purpose Technologie. Goldman Sachs schätzte schon 2023 ihren möglichen globalen BIP-Effekt auf bis zu sieben Prozent über einen Zeitraum von zehn Jahren. Für die Bundeswehr wie für die zivile Wirtschaft geht es um produktivere Analyse- und Wissensarbeit, um Entscheidungsunterstützung und teilweise um autonome Systeme.

Robotik, Sensorik, Quantentechnologien sowie Raumfahrt sind weitere klassische Dual-Use-Felder der Gegenwart. Elon Musks Starlink zum Beispiel ist zugleich zivile Breitbandinfrastruktur und militärisches Kommunikationsnetz. Hinzu kommen nicht abschließend Felder wie synthetische Biologie und Biomanufacturing, fortschrittliche Halbleiter, Cybersicherheit, neue Werkstoffe sowie Energiespeicher und Antriebstechnologien. Das Feld der Dual-Use-Technologien ist also sehr breit.

Strategisch entscheidend sind dabei nicht die einzelnen Felder für sich betrachtet, sondern die Querverbindungen untereinander. KI auf Satelliten ermöglicht Erdbeobachtung in Echtzeit, Quantensensorik liefert die ausfallsichere Navigation, auf die KI-gesteuerte autonome Systeme angewiesen sind. Biomanufacturing speist neue Werkstoffketten, die wiederum für additive Fertigung und Robotik gebraucht werden. Eine Dual-Use-Strategie muss deshalb integriert gedacht werden, nicht als Aneinanderreihung einzelner Technologielisten. Auch das Ziel erhöhter technologischer Souveränität lässt sich mit einer integrierten Strategie am besten verfolgen.

Rückflüsse entlasten Kernhaushalt dreifach

Klassische Verteidigungsausgaben wie Personal, Betrieb, Munition, Instandhaltung etc. sind überwiegend konsumtiv. Ihre Fiskalmultiplikatoren sind meist gering. Das ist sicherheitspolitisch unvermeidlich, wirtschaftspolitisch aber ausbaufähig.

Dual-Use-Ausgaben für Forschung, Entwicklung, Pilotfertigung, technologische Infrastruktur und Ausbildung sind dagegen ihrer Natur nach investiv. Ihre Multiplikatoren sind höher und sie ziehen in der Regel private Komplementärinvestitionen nach sich. Staatliche Initialnachfrage reduziert Risiken und signalisiert den Kapitalmärkten, dass ein Feld strategisch ist. Dieser Crowding-in-Effekt ist, wie bereits erwähnt, gut belegt.

Ebenso entscheidend ist die Zeitstruktur der Rückflüsse. Drei Kanäle sind hier zu unterscheiden. Der erste wirkt direkt und kurzfristig: Lohnsteuer und Sozialbeiträge der in Forschung und Produktion Beschäftigten, Körperschaft- und Gewerbesteuer profitabler Auftragnehmer sowie Umsatzsteuer in der Vorleistungs- und Konsumkette. Diese Rückflüsse fallen bereits im Ausgabejahr und in den unmittelbar folgenden Jahren an. Weil Dual-Use-Ausgaben oft einen hohen Lohnanteil in hochqualifizierten Tätigkeiten aufweisen, dürften die Steuerrückflüsse strukturell höher als bei klassischen Betriebsausgaben sein. Zusätzliche Ausgaben aus der Bereichsausnahme generieren abzüglich der Finanzierungskosten so also bereits kurzfristig Nettoeinnahmen für den Kernhaushalt. Der zweite Kanal funktioniert mittel- bis langfristig über Einnahmen aus den geförderten Technologien selbst. Wie bereits beschrieben sollten Programme als Teil einer Dual-Use-Investitionsstrategie so ausgestaltet sein, dass der Staat nicht nur die Investitionsrisiken übernimmt, sondern anders als bisher auch an den Renditen direkt beteiligt ist. Der dritte Kanal wirkt langfristig: Produktivitäts-, Export- und Marktbildungseffekte über typischerweise zehn bis dreißig Jahre, die Spill-Over-Effekte freisetzen und somit die wirtschaftliche Substanz Deutschlands und Europas nachhaltig stärken.

Alle drei Kanäle ergänzen sich gegenseitig: Der erste macht eine Dual-Use-Investitionsstrategie kurzfristig haushaltspolitisch anschlussfähig, der zweite liefert mittel- bis langfristig direkte Einnahmen aus neuen Technologien und der dritte Kanal kreiert langfristig substanzielle Wachstumsimpulse und neue Märkte. Besonders bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass es im konkreten deutschen Kontext der Bereichsausnahme über den ersten Kanal auch kurzfristig haushaltspolitische Vorteile gibt, die es ohne diese nicht gäbe.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich mein Vorschlag einer verbindlichen Dual-Use-Investitionsquote innerhalb der Bereichsausnahme, d. h. eines rechnerisch abgrenzbaren Anteils der Verteidigungsausgaben oberhalb der Ein-Prozent-Schwelle, der für investive Dual-Use-Verwendungen reserviert ist. Die Festlegung eines konkreten Prozentsatzes wäre Gegenstand einer eigenen haushaltsökonomischen Betrachtung und wird deshalb hier bewusst nicht quantifiziert. Entscheidend ist die Mechanik: ein klar definierter investiver Korridor, sauber von anderen Ausgaben getrennt, der den wachstums- und rückflusstarken Teil der Verteidigungsausgaben sichtbar macht und politisch absichert.

Politische Vorteile und gesellschaftliche Akzeptanz

Eine solche Dual-Use-Strategie ist nicht nur ökonomisch sinnvoll, sie löst zugleich ein politisches Problem, das mit wachsenden Verteidigungsausgaben entsteht. Historisch hohe Wehretats, insbesondere vor dem Hintergrund starken Konsolidierungsdrucks im Kernhaushalt, lassen sich im demokratischen Diskurs nur dann dauerhaft tragen, wenn ihre Wirkung über das Militärische hinaus sichtbar wird. Genau das leistet eine Dual-Use-Strategie. Spill-Over in die zivile Wirtschaft und Gesellschaft, wie z. B. leistungsfähigere KI-Anwendungen, Quantensensoren für die Luftfahrt, Satellitendaten für Landwirtschaft und Klimabeobachtung oder Biomanufacturing für die medizinische Versorgung, verwandeln einen sicherheitspolitisch getriebenen Ausgabenblock in einen gesamtgesellschaftlich sichtbaren Investitionsimpuls.

Für die Sozialdemokratie ist das eine Politik, die einerseits an ihre Tradition anknüpft und zugleich zeitgemäß ist. Sicherheitspolitik wird sozialdemokratisch gerahmt, wenn sie sich auch in Industriepolitik, qualifizierter Beschäftigung und regionaler Wertschöpfung niederschlägt, gerade in strukturschwachen Regionen mit Luftfahrt-, Werft- und Rüstungsstandorten. Technologische Souveränität wird zum Gegenentwurf zur Abhängigkeit von amerikanischen oder chinesischen Plattformen. Die Legitimation steigender Verteidigungsausgaben stützt sich dann nicht mehr allein auf die Bedrohungslage, sondern ebenso auf die greifbaren wirtschaftlichen und sozialen Renditen einer investiven Dual-Use-Strategie.

Aus dieser industriepolitischen Rahmung folgt ein zweiter Hebel: Öffentliche Mittel in dieser Größenordnung sollten mit sozialer Konditionalität verbunden werden. Wer über die Bereichsausnahme in erheblichem Umfang von staatlicher Nachfrage, Forschungsförderung und Risikoübernahme profitiert, sollte im Gegenzug in Strukturen investieren, die gute Arbeit absichern. Beschaffungs-, Förder- und Beteiligungsverfahren lassen sich so gestalten, dass Tarifbindung, Mitbestimmung und Qualifizierung zu regelmäßigen Vergabe- und Förderkriterien werden, sei es über Tariftreueauflagen, über die Anerkennung betrieblicher Mitbestimmungsstrukturen als Eignungskriterium oder über verbindliche Aus- und Weiterbildungszusagen bei großvolumigen Vergaben.

Soziale Konditionalität ist dabei kein Fremdkörper in einer Investitionsstrategie, sondern ihr logisches Komplement: Sie sorgt dafür, dass die aus öffentlichen Mitteln entstehende Wertschöpfung in guten, mitbestimmten und tarifgebundenen Arbeitsplätzen ankommt, und stärkt damit genau jene gesellschaftliche Trägerschicht, auf deren Rückendeckung hohe Verteidigungsausgaben angewiesen sind.

Der umgekehrte Fall wäre politisch gefährlich. Würde die Bereichsausnahme rein konsumtiv genutzt, ohne sichtbare zivile Wirkung und Nutzen, öffnete sich Raum für populistische Gegenarrative, die höhere Wehretats gegen Kostendruck im Kernhaushalt ausspielen könnten. Eine Dual-Use-Strategie entzieht diesen Erzählungen systematisch Substanz, weil sie die harte Trennung zwischen Verteidigung und Wohlfahrt in der Praxis aufhebt.

Das geschieht auf zwei Ebenen. Erstens wirken Dual-Use-Investitionen additiv zu zivilen Investitionen. Sie ersetzen diese nicht, schließen aber Lücken, etwa in der Forschungsinfrastruktur, in der industriellen Pilotfertigung oder in der Qualifikation. Zweitens fließen, wie bereits dargelegt, die direkten Steuerrückflüsse investiver Dual-Use-Ausgaben über verschiedene Steuern kurzfristig dem Kernhaushalt zu, was entlastend wirkt. Je höher der investive Anteil innerhalb der Bereichsausnahme, desto höher ist der Rückfluss. Die Bereichsausnahme wird so vom reinen Sonderkorridor zu einem Instrument, das den Kernhaushalt stützt. Diese Logik ist auch kommunikativ robust: Sie entkoppelt die Legitimation wachsender Verteidigungsausgaben von einer reinen Bedrohungserzählung und schließt sie an die vertrauten Kategorien verantwortungsvoller Haushaltspolitik an.

Handlungsempfehlungen

Aus der hier dargelegten Analyse ergeben sich fünf Bausteine, die eine Dual-Use-Strategie beinhalten müsste:

Erstens eine verbindliche Dual-Use-Investitionsquote innerhalb der Verteidigungsausgaben oberhalb der Ein-Prozent-Schwelle, deren konkrete Höhe gesondert zu begründen ist.

Zweitens eine saubere haushaltsrechtliche Definition investiver Dual-Use-Ausgaben in Abgrenzung zu rein konsumtiven Verteidigungsausgaben, damit die Quote messbar und kontrollierbar wird.

Drittens eine klar umrissene Definition der Dual-Use-Felder und ihrer kumulativen Potenziale. In diesem Policy Impuls wurden exemplarisch und nicht abschließend einige Technologiebereiche genannt. Für eine Dual-Use-Strategie müssten diese aber noch genauer abgegrenzt und begründet werden.

Viertens eine strategische Verzahnung der bestehenden institutionellen Bausteine – Cyberagentur, Cyber Innovation Hub der Bundeswehr, SPRIND, NATO Innovation Fund, Europäischer Verteidigungsfonds, EUDIS – mit klaren Schnittstellen und Finanzierungskorridoren. Welche institutionelle Lösung am Ende trägt, ist politisch und administrativ zu entscheiden.

Fünftens der Abbau der im Koalitionsvertrag benannten Hemmnisse bei Dual-Use- und zivil-militärischer Forschungskooperation, ein vergaberechtlicher Dual-Use-Pfad für KMU und Startups sowie ein jährlicher Dual-Use-Investitionsbericht an den Bundestag, der Quote, Mittelverwendung, Rückflüsse und volkswirtschaftliche Effekte transparent macht.

Schluss

Eine Dual-Use-Investitionsstrategie ist weder eine Militarisierung der Wirtschafts- und Forschungspolitik noch eine Ökonomisierung der Sicherheitspolitik. Sie ist der Versuch, aus einer gegebenen haushaltspolitischen Weichenstellung drei Divenden zugleich zu ziehen. Sicherheitspolitisch entsteht eine technologisch anspruchsvollere, bündnisfähigere Bundeswehr. Wirtschaftspolitisch entstehen Produktivitätsgewinne, qualifizierte Arbeitsplätze und mehr technologische Souveränität in den Schlüsselfeldern der nächsten Jahrzehnte. Fiskalpolitisch entstehen Rückflusskanäle, die im deutschen Kontext den Kernhaushalt schon kurzfristig entlasten sowie mittel- bis langfristig direkte Einnahmen aus neuen Technologien sowie Wachstumseffekte bedingen.

Die Bereichsausnahme ist daher gerade vor dem Hintergrund wohl ausbleibender weiterer Reformen der Schuldenbremse eine große Chance. Ökonomisch sinnvoll genutzt wird sie aber erst dann, wenn sie mit einer Dual-Use-Strategie hinterlegt ist. Hier liegt die Gelegenheit, sicherheitspolitische Verantwortung und wirtschaftliche Impulse in einem stimmigen Konzept zu vereinen.

Literatur

O'Connor, A. C., Gallaher, M. P., Clark-Sutton, K., Lapidus, D., Oliver, Z. T., Scott, T. J., Wood, D. W., Gonzalez, M. A., Brown, E. G., & Fletcher, J. (2019): Economic Benefits of the Global Positioning System (GPS). RTI International, Final Report, vorbereitet für das National Institute of Standards and Technology (NIST), Research Triangle Park, NC.

Oliner, S. D., & Sichel, D. E. (2000): The Resurgence of Growth in the Late 1990s: Is Information Technology the Story? In: *Journal of Economic Perspectives* 14 (4), S. 3–22.

Bureau of Economic Analysis (2022): New and Revised Statistics of the U.S. Digital Economy, 2005–2021. U.S. Department of Commerce, Washington, D.C.

Mowery, D. C. (2011): Federal Policy and the Development of Semiconductors, Computer Hardware, and Computer Software. In: *Accelerating Energy Innovation: Insights from Multiple Sectors*, Kap. 5. University of Chicago Press / NBER. Online verfügbar: <https://www.nber.org/system/files/chapters/c11753/c11753.pdf>

Moretti, E., Steinwender, C., & Van Reenen, J. (2025): The Intellectual Spoils of War? Defense R&D, Productivity, and International Spillovers. In: *The Review of Economics and Statistics* 107 (1), S. 14–27.

Briggs, J., & Kodnani, D. (2023): The Potentially Large Effects of Artificial Intelligence on Economic Growth. Goldman Sachs Global Investment Research, 26. März 2023.

Mazzucato, M. (2013): *The Entrepreneurial State: Debunking Public vs. Private Sector Myths*. Anthem Press, London.

Financial Times (2026): The welcome return of German military might. A defence strategy sets the right direction for dealing with the Russian threat. The Editorial Board, FT View, 23. April 2026.

Impressum

Herausgeber **Wirtschaftsforum der SPD e. V.**
vertreten durch das geschäftsführende Präsidium
Prof. Dr. Ines Zenke (Präsidentin)
Prof. Dr. Susanne Knorre (Schatzmeisterin)
Thomas Antonioli (Vizepräsident)
Dr. Peter Güllmann (Vizepräsident)
Nora Heer (Vizepräsidentin)
Philipp Schlüter (Vizepräsident)
Dr. Tanja Wielgoß (Vizepräsidentin)
Michael Wiener (Vizepräsident)

V.i.S.d.P. Dr. Frank Wilhelmy, Geschäftsführer

Registereintrag im Vereinsregister beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Registernummer VR 33920. Das Wirtschaftsforum der SPD e. V. ist registrierter Interessenvertreter zur Registernummer: R000328 des Lobbyregisters beim Deutschen Bundestag und unterliegt dem gesetzlichen Verhaltenskodex des LobbyRG.

Anschrift Dorotheenstraße 35
10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 86322330

E-Mail mail@spd-wirtschaftsforum.de

Internet spd-wirtschaftsforum.de

Gestaltung und Satz Anette Gilke, Hannover

Stand Mai 2026

Hier finden Sie unsere Publikationen:

